



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 172

Wilhelmshaven

September 2001

TRADITIONEN

1914: DER KAISER KENNT KEINE PARTEIEN MEHR - NUR NOCH DEUTSCHE. DANN ZOGEN DIE DEUTSCHEN IN DEN KRIEG.

2001: EBERHARD MENZEL KENNT KEINE PARTEIEN MEHR - NUR NOCH WILHELMSHAVEN - DANN ZOG ER IN DEN WAHLKAMPF.



Meine Partei:
Wilhelmshaven



*Ich kann keine Parteien mehr,
kann nur noch Deutsche*
Wilhelm II
26. VIII. 1914

~~X~~ 9. September 2001

* Ich kenne keine Parteien mehr,
kenne nur noch Deutsche



wahl.welten

Alles dreht sich um die Kommunalwahl - so auch in diesem Gegenwind - eigentlich eine Wahl-Sonderausgabe.

Werden Schülerinnen der Schule Bremerstraße zur Prostitution gezwungen? Ein Familienvater erzählte auf einer Veranstaltung des DGB unglaubliches. Unglaublich auch, wie mit einem bürokratischen Federstrich gute Ansätze zur Arbeit mit Kindern zunichte gemacht werden. Beides auf Seite 2.

Auf Seite 3 steigen wir in den Wahlkampf ein. Die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort hatte ins Gorch-Fock-Haus geladen und 5 OB-KandidatInnen standen zahlreichen ZuhörerInnen Rede und Antwort.

Kaum bekannt und auch kaum erwähnenswert wäre die Kandidatur der Wählergemeinschaft Wilhelmshavener Bürger, wenn auf der Liste nicht auch ein sozialdemokratisches Urgestein kandidieren würde. Liste 7 - Seite 4.

Auch der DGB hatte das Kandidaten-Fünferpack eingeladen. Auf Seite 5 geht es um Sozialpolitik, Frauenrechte, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

„Viele Ideen, aber kein fertiges Konzept“ ist unser Gespräch mit KandidatInnen der Wilhelmshavener Alternativen Liste (WALLI) überschrieben. Auf Seite 6 geht es um Integration, Bürgerbeteiligung und natürlich um den JadeWeserPort.

Die Grünen im Wahlkampf: Auf Seite 8 ist wieder einmal das Kommunalwahlprogramm der Wilhelmshavener Grünen Thema im Gegenwind.

Theda meldet sich nicht mehr! Ihre Schwester Wilma hat nun die Feder gezückt und einen Brief nach Jamaica geschickt. Seite 10.

Nachrichten

PROSTITUTION AN WILHELMSHAVENER SCHULEN?

Ein Publikumsbeitrag auf einer DGB-Veranstaltung Mitte August schlug ein wie eine Bombe. Diskutiert wurden die Auswirkungen der städtischen "Haushaltskonsolidierung" der letzten Jahre auch zu Lasten sozialer Leistungen wie der Betreuung von Kindern aus zerrütteten Familienverhältnissen. Die praktischen Auswirkungen erläuterte ein anwesender Familienvater: Seine ehemalige Pflege-tochter und ihre alkoholranke Mutter seien kurz nach Streichung der Unterstützung von der zuständigen Sozialarbeiterin als "therapiert" erklärt worden. Mit bitterem Sarkasmus ergänzte er, seine Tochter sei jetzt in der Form therapiert, dass sie in Hamburg der Prostitution nachginge.

Als wir im Anschluss an die Veranstaltung nachhaken, fügte sich folgende Geschichte zusammen: Das Pflegekind besuchte die Schule Bremer Straße. Dort verteilen in den Pausen Männer Adressen für einen "Unterschlupf" an Kinder aus sozial gestörten Verhältnissen. Die Männer sind nach Aussage des Betroffenen Straffällige auf Bewährung. Sie agieren als Zuhälter für die Mädchen, die in den angebotenen Wohnungen zur Prostitution gezwungen werden.

Als die Pflege-tochter auf diesem Weg verschwunden war, begab sich der Vater mit einem Bekannten, der Polizist ist, und dessen Kollegen auf die Suche. In Frage kamen vier Wohnungen, die der Polizei offenbar bekannt sind, jedenfalls wurden sie zielgerichtet angesteuert. Die Beamten hatten keine richterliche Anordnung (Durchsuchungsbefehl), hielten aber dem Pflegevater so weit den Rücken frei, dass er seine Tochter selbständig in einer Wohnung aufspüren und unter einem "Freier" wegzerren konnte. Das Mädchen war damals 14, der Freier fast dreimal so alt. Auf Grund einer von dem Mädchen bestätigten Liebesbeziehung zwischen ihr und dem Schulhof-"Werber" besaß die Polizei keine Handhabe zum Durchgreifen.

Nachdem die Mutter für therapiert erklärt worden war, erhielt sie wieder das Sorgerecht (das Sozialamt musste kein Pflegegeld mehr an Dritte bezahlen). Der Pflegevater konnte das Mädchen aus der Zuhälter-Wohnung holen, aber nicht dauerhaft vor dem Milieu bewahren, in dem sie nun in Hamburg steckt.

Es tut nichts zur Sache, ob die von einem verbitterten Pflegevater so erzählte Geschichte in jedem Detail stimmt; wir drucken sie so ab in der Hoffnung, dass der Kern des Ganzen die zuständigen Stellen so aufrüttelt, wie sie das Publikum der Podiumsdiskus-

sion erschüttert hat; damit die Verantwortlichen recherchieren und vor allem entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Die Verhältnisse an der Schule Bremer Straße sind offensichtlich Polizei, Schulleitung und Kollegium bekannt. Als sie in einer öffentlichen Veranstaltung, in Anwesenheit von Ratsvertreter/innen und Presse, so deutlich zum Ausdruck gebracht wurden, kamen schon am nächsten Morgen Polizei und Schulaufsicht bis zur Bezirksregierung in Bewegung. Dies bestätigte uns ein Ratsherr, der uns nach Hintergrundinformationen befragte. Er zeigte sich sehr besorgt und fürchtete auch um den Ruf der Schule Bremer Straße. Vermutlich ist der Ruf der Lehranstalt der Grund, weshalb der Skandal bisher trotz vorhandener Informationen totgeschwiegen wurde. Es ist unfassbar, dass die Schicksale der betroffenen Kinder in den Hintergrund treten, um eine Fassade der heilen Welt zu erhalten. Wir fordern, dass die Missverhältnisse öffentlich gemacht und abgestellt werden!(iz)

WILHELMSHAVENER SCHULEN DIE ZWEITE

Um sozial benachteiligte Kinder spielerisch fürs Leben lernen zu lassen, richteten engagierte Lehrkräfte an der Wasserturmschule einen "Baukindergarten" ein. In einem Gelände, das mit Recyclingmaterial vom Stadion Friedenstraße umfriedet ist, haben die Kinder gemeinsam Hütten gebaut und mit diesem konkreten Ziel vor Augen verschiedene Fertigkeiten trainiert:

- Arbeit-Wirtschaft-Technik: Gebrauch von Materialien und Werkzeugen, Arbeit planen, Konzentration, Verlässlichkeit, Genauigkeit, Hilfsbereitschaft, Ausdauer
 - Deutsch: besprechen, zusammentragen, aufschreiben, Probleme formulieren, berichten, lesen, sich etwas ausdenken, erklären, diskutieren
 - Sozialkunde: gemeinsam etwas erledigen, helfen, organisieren, sich verabreden, einrichten, jemanden einladen, Feste feiern
 - Mathematik: schätzen, Skizzen anfertigen, Maße und Gewichte berechnen, Grundrechenarten, Kopfrechnen und Geometrie üben.
- Das klingt wie die perfekte Alternative zu einer "Entwicklung", wie sie in der vorigen Meldung beschrieben ist: Sich zu einem selbständigen statt abhängigen Menschen entwickeln; für sich selbst, in und mit einer Gruppe etwas tun; den eigenen Grips nutzen und kreativ sein, mit Gleichaltrigen zusammen sein - statt Halt bei einem so genannten Freund zu suchen, der Geld dafür kassiert, dass pädophile Männer dem Kind Gewalt antun.

Leider verstehen unsere Behörden auch was von Mathematik. Sie messen "Immissionen", also den Lärm, den hämmernde junge Handwerker nun mal verursachen. Nach Paragraphen sind selbst gebaute Hütten nicht ein Stück Lebensgefühl, sondern "15 m² umbauter Raum", für den ein Bauplan vorgelegt werden muss, ein Schwarzbau, der das "Ortsbild negativ beeinträchtigt" und sich "nicht in die Umgebung einfügt". "Gesundheitliche Fragen der Anwohner" scheinen wichtiger zu sein als die seelische Gesundheit der Kinder - "dann liegt hier eine inhumane Grundeinstellung des Beurteilenden vor", wie die Verfasser der Pressemitteilung "Erhaltet den Bauspielplatz an der Wasserturmschule!" feststellen.

NATURATA

Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58



Sicher kommen die Behörden in versicherungsrechtliche Nöte, wenn auf der formal nicht genehmigten Anlage etwas passiert. Das Problem war schon längere Zeit bekannt, die man zur Abwicklung der formal erforderlichen Schritte nutzen können. Als jetzt das Abbruchkommando anrückte, blieb dem Mentor des Projekts, Hartmut Büsing, nur die Notmaßnahme, die Umzäunung mit einem dicken Schloss abzuriegeln. Den Beteiligten wurden 14 Tage Zeit eingeräumt, eine Einigung zu erzielen. Neben den gesetzlichen Vorgaben sollten sie auch abwägen, ob sie kaputte Kinder in einer "ordentlichen", sterilen Umwelt bevorzugen - oder die Entwicklung von kleinen Menschen, die ihre Umwelt selbst mitgestalten dürfen, zu starken Persönlichkeiten. (iz)



Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91

email: gegenwind.whv@t-online.de
Internet: <http://www.gegenwind-whv.de>

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Ex.
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint nach Möglichkeit alle 4 Wochen (jeweils zum Monatsbeginn)
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 29.08.2001
Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 18. September 2001

*Wir bedanken uns bei den vielen Un-
genannten, die durch ihre Mitarbeit, durch
Informationen oder durch ihre Politik
zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.*





TRAUM ODER ALBTRAUM?

BI GEGEN DEN JADEPORT DISKUTIERT MIT OB-KANDIDATINNEN

(hk) Das Fünfergespann der Wilhelmshavener OB-KandidatInnen tingelt in den letzten Wochen von Veranstaltung zu Veranstaltung. Neben den Themen, die sich die VeranstalterInnen auf die Fahnen geschrieben haben (seien es der Frauenring oder der DGB) geht es im Hauptteil der Debatten immer wieder um den JadeWeserPort. Wir berichten von einer Veranstaltung, auf der es nur um dieses Thema ging. Unter der Überschrift "JadeWeserPort: Traum oder Albtraum?" hatte die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort, die, wie bei den Veranstaltungen der BI üblich, auch das Gorch-Fock-Haus mit ZuhörerInnen füllen konnte, das Fünfergespann eingeladen.

Neben dem BI-Vertreter Manfred Berger saßen Eberhard Menzel, Hans van Weelden, Michael von Teichman, Marianne Fröhling und Joachim Tjaden auf dem Podium. Um nicht von allen fünf das Gleiche zu hören, hatte die BI die OB-KandidatInnen gebeten, jeweils zu einem Schwerpunktthema ein kurzes Statement abzugeben.

Eberhard Menzel (SPD): Regionale Auswirkungen

Oberbürgermeister Menzel machte zu Beginn seiner Ausführung klar, dass die Fragestellung "Traum oder Albtraum" für ihn nicht zutrefte. Beim JadeWeserPort handelt es sich, so Menzel, um eine Realität. Und diese Realität wird Wilhelmshaven und der Region je nach Ausbaustufe 2280 bis 5760 neue Arbeitsplätze bescheren. Der JadeWeserPort lasse sich jedoch nur realisieren, wenn die Koordination mit den Umlandgemeinden funktioniert. Im Endeffekt werden alle durch Gewerbe- und Einkommenssteuer-Einnahmen von dem Projekt profitieren. Für Wilhelmshaven wird der JadeWeserPort endlich die so nötige Bindung der Menschen an die Stadt bewerkstelligen.

Die Gemeinden und Kreise der Umgebung müssen mit Wilhelmshaven an einem Strang ziehen - und das auch noch in eine Richtung, steckte Menzel die Marschrichtung ab. Diese Zusammenarbeit ist bereits im Gange und die hohe Akzeptanz der Wilhelmshavener Hafenpläne im Umland weist in eine gute

Richtung. Nach Menzels Ausführungen wird viel passieren: Ausbau der Bundesstraßen, Neubau der Küstenautobahn, Elektrifizierung und Ausbau der Bahnstrecken, Kanäle, Flughafen - der JadeWeserPort wird der Region ein anderes Gesicht geben.

Des Weiteren sieht der SPD-OB-Kandidat einen erheblichen Bedarf an Gewerbeflächen auch in den umliegenden Gemeinden zur Ansiedlung von Hafen- und chemischer Industrie und verarbeitendem Gewerbe. Auch die Frage nach der Bereitstellung von Kompensationsflächen für die benötigten Wattflächen muss in Abstimmung mit den umliegenden Gemeinden gelöst werden. Der JadeWeserPort bedeutet nach Menzels Meinung einen hohen Imagegewinn für die Region, der sich auch touristisch nutzen lassen werde. Sein Hinweis, dass auch in Hamburg die Hafenrundfahrten einen hohen Stellenwert haben, ging zwar im allgemeinen Gelächter unter, war aber ernst gemeint.

Hans van Weelden (parteilos, CDU): Wirtschaftliche Auswirkungen

Die meisten Argumente van Weeldens haben wir bereits in den beiden letzten Gegenwind-Ausgaben vorgestellt. Für ihn ist allein schon die Tatsache, dass hier in Wilhelmshaven 1,5 Milliarden Mark investiert werden sollen, ein Grund zum Jubeln. Wenn dann noch die Rahmenbedingungen geschaffen werden (Kanalbau und -ausbau, Elektrifizierung der Bahn usw.), dann wird der

JadeWeserPort zu einer Erfolgsgeschichte werden. Wilhelmshavens große Chance sieht van Weelden darin, dass die Container hier für 140.- DM pro Stück umgeschlagen werden können, während die Kosten in den anderen Häfen bei 168.- DM liegen.

Hans van Weelden ist ja immer für einen unerwarteten Beitrag gut. Mal beendet er zum Entsetzen der Veranstalterinnen eine Veranstaltung mit den Worten "Das war's" - oder er singt einen Abschiedsblues. Diesmal übergab er dem Vertreter der WALLI ein Pfund Butter, damit diese ihren auf den Wahlplakaten abgebildeten Aal braten können - auch ein Hans van Weelden ist kein Garant für Originalität, er machte sich diesmal eher zum Kasper.

Marianne Fröhling (Grüne): Ökologische Auswirkungen

Der Vortrag der grünen OB-Kandidatin war zweifellos das traurigste Kapitel der Veranstaltung. Sie verteidigte die Studien ("Das sind keine Gefälligkeitsgutachten - wir haben die Verfasser gefragt") und lobte den Containerhafenbau über den grünen Klee. Während Eberhard Menzel in seinen Ausführungen den totalen Ausbau der Straßen inklusive Küstenautobahn beschrieb, begründete Marianne Fröhling das Ja der Grünen zu dem Projekt damit, dass damit der Verkehr von der Straße verbannt werde. Die grüne OB-Kandidatin Fröhling sprach nicht wie eine Vertreterin der Partei, die sich einen ökologischen Umbau der Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben hat, sondern wie eine Vertreterin der Betonfraktion der SPD!

Ihre Ausführungen, dass die Grünen Planung und Verwirklichung des Hafens sehr kritisch begleiten und notfalls auch den Klageweg beschreiten werden, wirkte da nur noch wie Makulatur. (Siehe auch unsere Auseinandersetzung mit dem Kommunalwahlprogramm der Grünen auf Seite 8).

Marianne Fröhling sprach sich gegen einen Ersatz der verlorengehenden Freizeitgebiete im Stadtsüden aus. Der Ersatz muss, so führte sie aus, im Norden, dort wo die Flächen verloren gehen, stattfinden. Bei einer Investitionssumme von 1,5 Milliarden sollte es doch wohl möglich sein, das Freibad Nord auszubauen und einen Campingplatz an der Maade zu bauen.

Michael von Teichman (FDP): Soziale Auswirkungen

Von Teichmann fand es selbst etwas seltsam, dass die Veranstalter gerade einen Vertreter der FDP zu den sozialen Auswirkungen ausgewählt hatten, unterstrich aber gleichzeitig, dass eigentlich ja auch nur die FDP in der Lage ist, zu diesen Fragen kompetent Stellung zu beziehen. Wilhelmshavens soziale Lage ist geprägt von hoher Arbeitslosigkeit, geringer Qualifikation, Bevölkerungsschwund und Überalterung. Ein Drittel des städtischen Haushalts wird für soziale Aufgaben ausgegeben - der größte Teil davon geht in die Sozialhilfe. In Wilhelmshaven beziehen 7.000 Menschen Sozialhilfe. Von Teichman: "Soziale Ausgaben können nur dann getätigt werden, wenn dieses Geld auch verdient wurde!" Von Teichman fordert eine andere Wirtschaftspolitik für Wilhelmshaven und sieht den JadeWeserPort als einmalige Chance für die Stadt. Durch den JadeWeser-

Jonathan



Naturkost

Naturschutz ganz einfach

durch - Essen.

Ökologisch erzeugte Lebensmittel schützen die Umwelt.

Mitmachen ist ganz leicht und kostet wenig Zeit...

Grenzstr. 16, 26382 Wilhelmshaven, Tel. + Fax: 04421/13438

Port wird sich die finanzielle Situation der Stadt erheblich verbessern - und dann könne man auch wieder soziale Aufgaben erledigen, meinte der FDP-Kandidat. Mit dem Satz: "Wir müssen die Aufbruchstimmung in der Stadt nutzen" schloss Michael von Teichman seine Ausführungen.

Joachim Tjaden (WALLI): Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen

"Wenn der JadeWeserPort die einzige Chance für Wilhelmshaven ist, dann hat Wilhelmshaven bald nur noch 50.000 Einwohner." Mit diesem Angriff gegen die Politik der etablierten Parteien, die seiner Meinung nach nur noch auf den JadeWeserPort starren, eröffnete Joachim Tjaden seine Ausführungen. In Wilhelmshaven hat sich seiner Meinung nach eine Stimmung breit gemacht, die keine Kritik am Hafenprojekt mehr zulässt. "Wer dagegen ist, wird platt gemacht." Nach Ansicht des WALLI-OB-Kandidaten ist der Hafen überflüssig, doch mit dem Argument der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen kann man gut punkten. Doch die Realität sieht anders aus: In Bremerhaven herrscht trotz des Containerhafens hohe Arbeitslosigkeit und der Hafенbereich selbst ist durch einen hohen Abbau von Arbeitsplätzen gekennzeichnet. Auch in Hamburg gibt es eine ähnliche Entwicklung - es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen - es finden nur Umsetzungen statt. Gegen die ins Astronomische gehenden Zahlen der durch den JadeWeserPort geschaffenen Arbeitsplätze kontierte Tjaden: "Für den reinen Umschlagbetrieb werden 63 Arbeitskräfte benötigt."

Auch die Behauptung, dass durch den JadeWeserPort sich viele Firmen hier neu ansiedeln werden, verweist Tjaden mit einem Beispiel des italienischen Containerhafens Gioia Tauro ins Reich der Märchen: "Der Hafen ist pleite - da war kein Geld zu verdienen."

Der JadeWeserPort soll nur gebaut werden, damit die Eurogate einen neuen Hafen bekommt, um im Konkurrenzkampf um Transportmengen die Nase vorne zu haben. "Der JadeWeserPort schafft keine Arbeitsplätze - er vernichtet Arbeitsplätze. Er vernichtet Arbeitsplätze in den bestehenden deutschen Containerhäfen."



Manfred Berger, Sprecher der veranstaltenden Bürgerinitiative, beendete in gewohnt sachlicher und fachlich kompetenter Art die Statements des Podiums. Mit den Worten: "Erst bauen und dann feststellen, ob es geht" umschrieb Berger die Politik, mit der sich die BI auseinandersetzen muss.

Nach den Beiträgen des Podiums gab es noch eine Diskussionsrunde auf dem Podium und anschließend die Fragen und Beiträge der Veranstaltungsbesucher.

Doch wie es bei solchen Veranstaltungen üblich ist, wurden alle Fragen nur im Rahmen des bereits vorher Gesagten beantwortet.

Aus der Rolle

Michael von Teichman ist immer gut dafür, durch provokative Äußerungen Zorn auf sich zu ziehen. Diesmal schaffte er es mit der Behauptung, dass alle die, die gegen den JadeWeserPort sind, gut verdienen und wahrscheinlich im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Unmut erzeugte er auch mit seiner TCN-Lothudedei. Argumente wie "Mit 12,50 DM Stundenlohn kann ich keine Familie ernähren!" (das ist der Stundenlohn, den z.B. die Beschäftigten bei Sykes-Telkom im TCN bekommen), begrünste von Teichman nur.

Völlig daneben waren auch die Vorwürfe der Vertreter der "etablierten Parteien" an die WALLI, dass Tjaden außer zum JadeWeserPort nichts zu anderen Bereichen gesagt hat. Abgesehen davon, dass das auch sonst niemand auf dem Podium getan hat, ist es doch wohl nur dümmlisches Taktieren, auf einer Veranstaltung zum JadeWeserPort das Gebetbuch zu verlangen. □

Zeig Dich!

heißt eine Veranstaltung, die von der Gewerkschaftsjugend und verschiedenen lokalen/regionalen Initiativen und Verbänden am 31.08 und 01.09.2001 in Wilhelmshaven im und am Pumpwerk durchgeführt wird.

Das vielfältige Programm gruppiert sich um die Thematik, aktiv für demokratische Kultur zu streiten und entschieden gegen Rechtsextremismus einzutreten. Zielgruppe sind insbesondere Jugendliche im Alter von 14-25 Jahren, willkommen ist aber jede und jeder!

Der öffentliche Teil beginnt am Freitag mit Vorführungen von Jugendtheaterstücken und einer anschließenden Party unter dem Motto 'Zeig Dich!' im Pumpwerk. Am Samstag schließen sich - bei gutem Wetter auf dem Freigelände des Pumpwerks - eine Vielzahl von Workshops zu unterschiedlichen Themen an. Das Angebot reicht von der Debatte über die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen bis hin zur Auseinandersetzung mit rechter Musik. Ein Großteil der Workshops bezieht sich auf lokale und regionale Aspekte. Den Abschluss bildet am Samstag ein Konzert mit fünf Bands. Alle Veranstaltungen sind kostenlos!

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet zudem das Projekt 'Courage'. Dieses verbandsübergreifende Projekt besteht aus Projektschultagen gegen Rassismus und Rechtsextremismus und wird bereits seit längerem erfolgreich in anderen Bundesländern durchgeführt. 'Zeig Dich!' ist die Auftaktveranstaltung für 'Courage' in Niedersachsen. Am Freitag, den 31.08., werden in einigen Wilhelmshavener Schulen erste Projektschultage von erfahrenen TeamerInnen aus Berlin/Brandenburg durchgeführt. Im weiteren Verlauf des Freitags sowie am Samstag bietet sich für interessierte Verbände, für die Öffentlichkeit und für Pädagogen die Möglichkeit, Informationen über die Erfahrungen mit diesem Projekt sowie die Planung in Niedersachsen zu erhalten.

Weitere Informationen: Anzeiger Seite 12

Liste Sieben

Zur Kommunalwahl am 9. September treten erstmalig zwei Wählergemeinschaften in Wilhelmshaven an. Neben der Wählergemeinschaft Wilhelmshavener Alternative Liste (WALLI) wirbt auf Platz 7 der Wählerliste die Wählergemeinschaft Wilhelmshavener Bürger (WWB) um Stimmen für ihre Kandidaten. Der Entschluss, eine Initiative zu gründen, kam den Akteuren erst im Oktober des letzten Jahres. Trotzdem hat man es geschafft, für alle 6 Wahlbereiche Kandidaten aufzustellen.

Eine Frau ist nicht darunter, und ein/e Bewerber/in für das vereinigte Oberbürgermeisteramt wurde für diese Wahl auch noch nicht gefunden.

Dafür haben sie einen interessanten Kandidaten im Wahlbereich III, den Schlossermeister Udo Hegenbart, der zurzeit noch eingeschriebenes Mitglied der SPD ist. Ihm droht wohl wegen des Fremdgehens jetzt ein Parteiausschlussverfahren. Über lange Jahre war Hegenbart Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Heppens, dem „Heimatverein“ des amtierenden Oberbürgermeisters Eberhard Menzel. Wegen der Schulpolitik seiner Partei gab er Ende der 80er Jahre sein Parteibuch zurück, trat aber vor zwei Jahren wieder ein. Doch verbiegen lassen will er sich nun nicht mehr. In einer Anzeige in der WZ macht er es deutlich: „Deshalb jetzt gerade - WWB“.

Wie der Sprecher der Wählergemeinschaft, Kaufmann Peter Westerman, im Gespräch mit dem Gegenwind erklärte, war es relativ leicht, die erforderlichen 30 Unterschriften für jeden Wahlbereich zu bekommen. Unter den Unterzeichnern sollen auch Mitglieder der SPD und anderer politischer Parteien gewesen sein. Die Gruppe, die erst nach der Wahl einen eingetragenen Verein gründen will, muss ohne Sponsoren auskommen, und so finanziert jeder Kandidat seinen Wahlkampf aus der eigenen Tasche.

Ihr Wahlprogramm ist kurz und knapp und unterscheidet sich eigentlich nur dadurch von den Wahlversprechen der anderen Parteien. So wollen ihre Kandidaten - sofern sie gewählt werden - u.a. die Ansiedlung des JadeWeserPorts „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ vorantreiben. In der Jugendpolitik wollen sie Jugendliche dazu befähigen, „ihre Lebensbedingungen zu erkennen, ihre gesellschaftlichen Interessen wahrzunehmen ... und die Rechte anderer zu achten.“

Oberstes Gebot bei Haushaltsbeschlüssen soll für sie die Sparsamkeit sein. Geht es nach ihnen, so soll es auch mehr Sauberkeit in der Stadt geben. Nicht - wie in ihrem Eckpunktepapier geschrieben - sollen so genannte „Straßenscherifs“ die Spielplätze, Anlagen, Straßen und Wege der Stadt „überwachen“. Vielmehr sollen in Zusammenarbeit von Ordnungs- und Jugendamt ABM-Kräfte dafür sorgen, dass Kinderspielplätze und Grünanlagen nicht verunreinigt werden. In der heißen Phase bis zur Wahl am 9. September wollen sie SPD und Grüne auffordern, u.a. endlich die wirkliche Schuldensumme der WPG öffentlich zu machen.

Die Kandidaten um Westerman geben sich optimistisch. Westerman: „Wir rechnen damit, dass vier Kandidaten der WWB auch Ratsmitglieder werden.“

WAS BIN ICH?

DGB DISKUTIERT MIT OBERBÜRGERMEISTERKANDIDATINNEN

(iz) Die Blütezeit lokaler Streitkultur in Form von öffentlichen Podiumsdiskussionen ist lang vorbei. In den letzten Monaten wurde sie durch die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort wiederbelebt. Anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahl trommelte jetzt auch der DBG Wilhelmshaven Vertreter der Parteien und interessierte BürgerInnen zusammen, um sich einen Abend lang mit stadtpolitischen Problemen auseinanderzusetzen.

Ausgangspunkt war die "Kommunalpolitische Forderung" des DGB zu den Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Frauenförderung und Gleichstellungspolitik sowie "Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit".

JadeWeserPort allein selig machend?

Das erste Thema war insofern unglücklich gewählt, als es alle fünf geladenen OberbürgermeisterkandidatInnen für ihr Lieblingsthema JadeWeserPort vereinnahmten. Dieses ausführlich zu diskutieren, bestand am darauf folgenden Abend in gleicher Runde Gelegenheit bei einer Veranstaltung der Antiport-Bürgerinitiative (s. Artikel auf S. 3). Für den DGB sprach Hartmut Tammen-Henke zwar an, dass "Wilhelmshaven sich nicht nur auf diesen Hafen als allein seligmachende Entscheidung konzentrieren" darf, sondern "an den strukturellen Defiziten der Region arbeiten" muss, "um eine nachhaltige positive wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen". Doch abgesehen von WALLI-Kandidat Joachim Tjaden beschränkten sich seine Kontrahenten auf die hinlänglich bekannte Lobhudelei des Mammutprojekts und blieben Antworten auf Alternativen schuldig.

So verstrich ein Großteil der Zeit, die insgesamt angesetzt war, ehe Moderatorin Monika Schwarz zu den anderen Themen überleiten konnte - Themen, die mindestens ebenso wichtig sind, aber (von einer Ausnahme abgesehen) im Kommunalwahlkampf arg vernachlässigt wurden.

Sozialpolitik

Der DGB fordert u. a. kostenlose Betreuung (Kindergärten, Horte, Tagesstätten) für sozialhilfeberechtigte Kinder, ein verbessertes Angebot für Ganztagsbetreuung der Kinder von Alleinerziehenden, die Einführung eines Sozialpasses für Arbeitslose zur verbilligten Nutzung öffentlicher Einrichtungen und

die finanzielle Absicherung der Arbeitsloseninitiative (ALI) und anderer Initiativen im Bereich Selbsthilfe, Beratung, Qualifizierung, Weiterbildung.

Marianne Fröhling (Bündnis90/Grüne) pflichtete dem bei, zudem sichere die ALI auch zwei Arbeitsplätze. Sie bedauerte, dass "für EXPO-Gutachter Geld da war - für Soziales nicht." OB Menzel (SPD) erklärte, dass freiwillige soziale Leistungen der Stadt zur Konsolidierung des städtischen Haushalts gestrichen werden müssten. Die Missstände an der Schule Bremer Straße (s. Meldung auf S. ...) sind für ihn "ein Fall für die Polizei". Joachim Tjaden bezweifelte, dass bei immer noch 170 Mio DM Schulden der Haushalt konsolidiert sei. Bei der ALI ginge es um mehr als die 2 Arbeitsplätze der hauptamtlichen Organisatoren. Plätze für die Ganztagsbetreuung von Kindern sollten bevorzugt an die sozial Schwächsten wie Alleinerziehende vergeben werden. Hans van Weelden (parteiloser CDU-Kandidat) sprach sich für die Stärkung von Frauengruppen aus, die im Wechsel die Kinder betreuen, während andere Frauen der Gruppe arbeiten oder studieren. Seiner Meinung nach muss die Gesellschaft "gezielt und organisiert" Opfer bringen, um sozial Schwachen zu helfen. Michael von Teichmann (FDP) sprach sich gegen den Sozialpass aus, da Arbeitslose dadurch "weiter in Abhängigkeit" gehalten würden; nur wer sich selbst "durchschlagen" könne, könne ein "selbstverantwortliches, freies Leben" führen.

Aus dem Publikum sprach sich Gerda Kümmel (B90/Grüne) dagegen aus, bei der Ganztagsbetreuung Alleinerziehende gegenüber Doppelverdienern zu bevorzugen. Ihrer Meinung nach müssten heutzutage Frauen grundsätzlich einem eigenen Job nachgehen, weil die Arbeitsplätze der Männer nicht mehr sicher seien.

Frauenförderung und Gleichstellung

Das Thema fiel angesichts der fortgeschrittenen Zeit unter den Tisch. Was mehr über die Haltung der Diskutanten aussagte, als wenn sie ihre emanzipatorischen Floskeln heruntergebetet hätten. Denn die Zeitnot war das Ergebnis ihrer Prioritätensetzung, trotz Kenntnis der Tagesordnung sich am Thema Containerhafen festzubeißen - auch Marianne Fröhling, die unter "Soziales" noch zur Kenntnis gab, dass "JadeWeserPort, Bauen und Straßen" bei Männern

Wilhelmshavener helfen e.V.

FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 16 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

Vorrang genießen würden. Das traurige Ergebnis unterstreicht die Forderungen des DGB nach "Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Wirtschafts- und Strukturpolitik durch die ausreichende Beteiligung von Frauen in den damit befassten Gremien, die Einbeziehung von Frauen in Planungsprozesse" usf. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Themenschwerpunkt mit weiteren, wichtigen Forderungen des DGB - und den Stellungnahmen der PolitikerInnen - in einer gesonderten Veranstaltung aufgegriffen würde.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Dieses heikle Thema, laut DGB eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft, wurde in den letzten zehn Minuten noch schnell abgehakt. Der DGB fordert, jegliche öffentlichen Nazi-Aktivitäten zu unterbinden, allen daran Beteiligten die Unterstützung zu versagen, antifaschistische Initiativen und Projekte durch kommunale Mittel zu unterstützen und die Arbeit der AusländerInnenbetreuung sofort wieder aufzunehmen.

OB Menzel räumte ein, die Betreuung des Ausländerbeirats sei "ein wenig abgeglitten". Die Republikaner gelangten zunehmend an Hausbestände und brächten dadurch auch Mieter in ihre Abhängigkeit, deren Miete von der Stadt bezahlt werde. Das alles mache ihm "ein wenig Sorge". Fröhling fand, mit den Häusern, das sei "freie Marktwirtschaft", und freute sich: Die zwei rechtsradikalen Ratsmitglieder "schweigen sich selber tot". Moderatorin Monika Schwarz hielt die passive Ignoranz der übrigen Ratsmitglieder für unzureichend und forderte einen offensiven Wahlkampf gegen Rechtsradikale. Tjaden empfahl schlicht, bei der Kommunalwahl "alle Kreuze bei demokratischen Parteien" zu machen. Ein ausländischer Mitbürger aus dem Publikum fühlte sich durch das Wort "Ausländer" grundsätzlich diskriminiert, und wünschte sich den Begriff "Neubürger" - der auch präziser beschreibt, dass es sich nicht um einen Touristen, sondern einen hier lebenden und arbeitenden Menschen handelt.

Der niederländische Staatsbürger van Weelden freut sich, "ein integraler Bestandteil Wilhelmshavens" zu sein. Wichtig sei, Ausländer die deutsche Sprache und Kultur lernen zu lassen - so könne man auch das "Ghetto Südstadt" beseitigen. Von Teichmann meinte, die Wähler, die Republikaner ins Stadtparlament befördern, seien "nicht rechtsradikal, sondern reine Protestwähler. □



UNTERWEGS
REISERÜSTUNGS GMBH

OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!

Nur echt in der **NORDSEE PASSAGE**

WILHELMSHAVEN

Tel: 04421-994287 Fax 994288

KEIN FERTIGES KONZEPT, ABER VIELE IDEEN

GEGENWIND-GESPRÄCH MIT VERTRETERN DER WILHELMSHAVENER ALTERNATIVEN LISTE

(ub/noa) In der WZ ist die WALLI im Wahlkampf reichlich kurz gekommen. Der GEGENWIND hat sich in mehreren Ausgaben zunächst mit der Entstehung und dann mit dem Programm der WALLI auseinandergesetzt und dabei auch kritische Worte gefunden. In unserer letzten Ausgabe vor der Kommunalwahl kommt die WALLI selber zu Wort. Wir sprachen mit Hildegard Korell, Karl Josef Dellwo, Johann Janssen und dem WALLI-OB-Kandidaten Joachim Tjaden.

Gegenwind: Fangen wir mit dem Wahlkampf an - wir wundern uns darüber, dass euer Plakat keine Aussage enthält. Wir hätten erwartet, dass ihr eure Ablehnung des JadeWeserPorts darauf zum Ausdruck bringt.

Tjaden: Der JadeWeserPort ist nur ein Punkt, den wir zur Sprache bringen, und mehrere Aussagen auf ein Plakat zu bringen wäre schwierig. Und das Geld spielt eine Rolle.

Korell: Wir bestreiten den Wahlkampf aus Bordmitteln und können uns einen Vierfarbdruck oder mehrere Drucke nicht leisten.

Janssen: Und wir wissen (was andere Parteien auch wissen), dass die Leute auf Aussagen gar nicht reagieren. Es muss etwas Plakatives sein. Unser Wahlplakat enthält eine Aussage für Demokratie.

Dellwo: Außerdem: Wenn wir unserer Wahlplakataussage "Aalglatt sind sie alle - wir nicht!" nur halbwegs gerecht werden, unterscheiden wir uns schon sehr von den anderen Parteien.

Gegenwind: Wie erlebt ihr den Wahlkampf?

Tjaden: Vielfältiger, als es sich in der Presse widerspiegelt. Nehmen wir die Veranstaltung des Frauenrings - in der WZ standen keine Aussagen, die dort gemacht worden sind, nur, dass van Weelden die Veranstaltung beendet hat. Aber alle Aussagen, die die anwesenden OB-Kandidaten getroffen haben, sind nun nur den Besuchern der Veranstaltung bekannt.

Integration von ausländischen Mitmenschen

Gegenwind: Du hast Gelegenheit, sie im Gegenwind veröffentlicht zu sehen, wenn du sie jetzt noch mal sagst.

Tjaden: Wir haben unsere Vorstellungen zur Jugend genannt, wir haben unsere Sicht zum JadeWeserPort geäußert, wir haben uns dagegen ausgesprochen, dass Ausländer hier in Gettos leben...

Gegenwind: ... Gettos - wie wollt ihr das Problem lösen? Ausländer und Aussiedler ziehen dorthin, wo sie schon Verwandte und Freunde leben haben und wo der Wohnraum billig ist, und das ist nun mal in FGroden und in der Südstadt bzw. in Bant.

Tjaden: Aber man muss sie integrieren. Dabei muss man mit der Jugend anfangen.

Korell: Die Frage ist, wie man diese Jugendlichen erreicht. Sie schließen sich in Gangs

zusammen, und dann geht es los mit Russlanddeutschen gegen Türken oder so. Um eine Durchmischung zu erreichen, brauchen wir z.B. mehr Streetworker.

Tjaden: Es muss Veranstaltungen geben. Wir erreichen die Leute, ausländische wie deutsche, nur über die Jugend. Erwachsene kann man nicht mehr ändern, aber Jugendliche kann man dahin führen, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität für sie selbstverständlich wird.

Gegenwind: Es ist schwierig, Menschen zu integrieren, die unter sich bleiben wollen.

Janssen: Letztlich haben wir dazu kein Konzept. Wir wollen mit anderen zusammenarbeiten in dieser Frage, mit den anderen Parteien und mit interessierten Bürgern. Ganz wichtig ist die Sprache, und da passiert zu wenig.

Dellwo: In Holland ist es so, dass Ausländer an Sprachkursen teilnehmen müssen. Dann finden sie eher Arbeit, und die zwischenmenschliche Kommunikation findet statt.

Gegenwind: Sollte man da nicht unterscheiden zwischen Menschen, die freiwillig hierher kommen, die z.B. eine Greencard haben, und solchen, die Asyl suchen? Sonst müsste man ja einen Asylbewerber abweisen, wenn er nicht sofort einen Sprachkurs macht.

Korell: Ich weiß nicht, ob man da Unterschiede machen muss. Es läuft alles über die Sprache, egal ob ich für fünf Jahre komme oder den Rest meines Lebens hier verbringen will - ich muss mich verständlich machen können.

Dellwo: Aber ich habe schon auch Schwierigkeiten damit, etwas zur Pflicht zu machen.

Janssen: Da haben wir wie gesagt kein fertiges Konzept.

Tjaden: Man kann doch auch Sachen ausprobieren. Man muss doch nicht etwas für teures Geld jahrelang machen, was nicht funktioniert.

Grün war mal

Gegenwind: Ihr habt vorhin von der Zusammenarbeit mit anderen Parteien gesprochen. Wie stellt ihr euch das vor? Ihr sagt ja, dass ihr keine Koalition eingehen wollt.

Korell: Auf kommunaler Ebene sollte es keinen Fraktionszwang geben. Man sollte von Frage zu Frage sehen, mit wem man Gemeinsamkeiten hat. Es ist ja so, dass oben etwas beschlossen und unten abgenickt wird, und wenn jemand eine gute Idee hat, verhindert der Fraktionszwang, dass andere sich dem anschließen.

Janssen: Wir wollen keine Koalition, weil wir befürchten, so gekauft zu werden wie die Grünen. Deswegen werden wir uns an den Sachproblemen orientieren und jeweils versuchen, im Rat Partner zu finden. Unser Programm ist eine grobe Richtlinie, an der die Leute sehen können, wie wir grundsätzlich denken.

Gegenwind: Wir haben aus vielen Gesprächen den Eindruck, dass für viele, die erwägen, euch zu wählen, die Enttäuschung über die Grünen ausschlaggebend ist. Wo grenzt ihr euch von den Grünen ab?

Korell: Sich von den Grünen abzugrenzen ist im Moment ja ganz einfach.

Dellwo: Wenn ein Trittin sagt, es gäbe keinen Grund mehr, gegen Atomkraftwerke zu demonstrieren, dann haben sie sich von ihren Grundsätzen weit entfernt.

Tjaden: Bezüglich des Atomausstieges haben die Grünen sich auf Bundesebene einfach verkauft. Wenn ich mir den Atomvertrag anschau... da wurde mit den Betreibern vereinbart, dass, wenn sie ein AKW abschalten, sie ein anderes doppelt so lange betreiben können wie geplant. Wenn ein Betreiber von drei Kraftwerken, die für 30 Jahre geplant waren, zwei sofort nach dem Vertrag abschaltet, darf das dritte 90 Jahre lang betrieben werden - das kann doch kein Vertrag sein, der mit den Grünen gemacht wurde!

Grüner Sündenfall: JadeWeserPort

Janssen: In Wilhelmshaven ist der Hauptpunkt der JadeWeserPort. Da sind wir tief enttäuscht, dass jemand 4000 Hektar...

Tjaden: ... das sind 8888 Fußballfelder!

Janssen: ... an die Industrie verkauft und zubetonieren lässt. Das ist für uns der Sündenfall der Wilhelmshavener Grünen. Sie machen keine grüne Politik mehr, und es herrscht Enttäuschung auf der ganzen Linie.

Tjaden: Gila Altmann sagte neulich, die Regierung betrachte das Wattenmeer als Welterbe, ähnlich wie die Tropenwälder. Wir haben eine Regierungsformation, die so denkt, aber auf kommunaler Ebene stimmen die Grünen der Vernichtung von 4000 Hektar Wattenmeer zu! Dass man prinzipiell für den Hafen ist, weil man denkt, er bringe uns etwas, das sehe ich ja noch ein. Aber dass man ohne Einwände zustimmt, dass eine massive Verlegung der Fahrinne stattfindet, dass die Doggerbänke durchgebaggert werden, dass der anhängende Kanal durch Butjadingen geht, das sehe ich nicht mehr ein!

Totschlagargument Arbeitsplätze

Gegenwind: In einer Stadt mit so hoher Arbeitslosigkeit spielt der Umweltschutz wohl eine untergeordnete Rolle. Da hofft man auf jeden Arbeitsplatz. Welche Alternativen zum JadeWeserPort seht ihr da?

Tjaden: Erst mal: Der Hafen wird ganze 63 Arbeitsplätze auf der Betonplatte bringen - mehr als 63 Arbeitsplätze hat man mit der Firma Reichelt ziehen lassen. Gut, diese Firma ist ja noch in der Region. Aber 63 Arbeitsplätze schaffe ich auch mit ein paar Kiosken oder einem Aldi-Markt.



Gegenwind: Die Kioske oder der Aldi-Markt brauchen aber auch Kunden. Und Wilhelmshavens Einwohnerzahl sinkt.

Tjaden: Um die Abwanderung aus Wilhelmshaven ins Umland zu stoppen, muss hier vernünftiger Wohnraum her. Wir haben hier Tausende leerstehender Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die von den Eigentümern nicht renoviert werden, weil es ihnen zu teuer ist. Die brauchen Hilfe bei der Ausschöpfung von Fördermitteln. Jetzt haben wir verfallende alte Häuser, in denen niemand wohnen will, und daneben entstehen Neubauten - das ist doch verrückt. Und wenn eine junge Familie bauen will, soll sie das Grundstück auch bezahlen können, damit sie in Wilhelmshaven bleibt und nicht ins Umland getrieben wird.

Gegen die Abwanderung müssen kleine und mittlere Betriebe angesiedelt werden. Das klappt hier bisher nicht. BMW ist statt nach Wilhelmshaven nach Leipzig gegangen, weil dort die Grundstücke preisgünstiger sind - so etwas ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn sich hier eine Firma mit 100 Arbeitsplätzen ansiedeln will, schenke ich ihr das Grundstück, und zur Not pflastere ich ihr auch noch die Einfahrt! Dann wollte auch ein Zeppelinwerk sich hier niederlassen, und niemand weiß, woran das gescheitert ist. Niemand weiß, wer angefragt hat, welche Antwort (ob überhaupt eine) gegeben wurde - das wissen ja nicht einmal die Stadträte.

Bürgerbeteiligung gegen Gerüchteküche

Gegenwind: Ihr habt diesen Mangel an Transparenz schon beklagt. Werdet ihr sie herstellen?

Janssen: Das steht schon im Vorwort unseres Programms. Das ist wichtig.

Tjaden: Hier gibt es in keiner Frage eine öffentliche Information, stattdessen eine Gerüchteküche. Es gibt das Gerücht, dass der JadeWeserPort 12.000 Arbeitsplätze bringt und dass BMW sowieso nicht hierher wollte. Aber klare Informationen gibt es nie.

Janssen: Mehr Transparenz wird mehr Effektivität bringen, weil es mehr Ideen geben wird. Menzel hat gelegentlich gute Ideen und er ist unbestritten bienenfliebig, aber er ist kein Teamarbeiter. Wir wollen die Bürger in die politischen Entscheidungen einbeziehen. Gegenwärtig beschränkt sich die Beteiligung der Bürger ja darauf, dass wir auf Festen Wurst essen.

Tjaden: Wir denken an Ideenwettbewerbe. Es gibt in Wilhelmshaven viele gute Leute mit guten Ideen. Aber diese Ideen werden nicht nachgefragt. Man sieht das am Beispiel der Agenda 21. Da sitzen engagierte Leute und tragen zusammen, was man hier tun könnte, aber die Stadt hat nicht einmal eine Stelle für die Koordination eingerichtet.

Gegenwind: Mal ein ganz anderes Thema: Es ist ja stark anzunehmen, dass ihr den nächsten Oberbürgermeister nicht stellen werdet, und auch Marianne Fröhling und Michael von Teichman werden es nicht schaffen. Wer wäre euch lieber: Eberhard Menzel oder Hans van Weelden?

Korell: Wir haben mit beiden schlechte Erfahrungen. Auf eine Einladung der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort hat Menzel gar nicht und van Weelden mit einer Honorarforderung reagiert.

Janssen: Es ist egal. Wir werden uns auf den OB einstellen, auf den einen so, auf den anderen anders.

Gegenwind: Wie ist eure Kommunikation mit den Gewerkschaften? Die sind auf die Hafenanlagen ja sofort angesprochen.

Tjaden: Die Gewerkschaften sind auf die 12.000 Arbeitsplätze-Leimrute gekrochen. Sie sind uneingeschränkt für den Hafen und können im Moment auch gar nicht anders. Vielleicht gehen sie mit der Bevölkerung, wenn diese sieht, dass das doch nicht so viel wird.

Gegenwind: Die Gewerkschaften sind also nicht Vorreiter, sondern passen sich dem Trend an?

Tjaden: Ja.

Gegenwind: Und wie schätzt ihr die Stimmung der Bevölkerung zum JadeWeserPort, speziell im Stadtnorden, ein?

Tjaden: In den nördlichen Stadtteilen sind die informierten Leute wohl mehrheitlich gegen den Hafen, aber viele sind einfach nicht informiert. Wir hören gelegentlich Leute sagen: Na gut, dann bade ich halt neben dem Hafen. Das sind Menschen, die überhaupt wenig informiert sind.

Janssen: Der Hafen ist eine Glaubensfrage. Viele Leute wollen gar keine Informationen, sondern sie wollen an der Hoffnung, am Glauben an Arbeitsplätze festhalten. 63 Arbeitsplätze auf der Betonplatte sind sicher. Die 4.000, 8.000 oder 12.000 weiteren könnten vielleicht entstehen, wenn durch mit dem Hafen Ansiedlungen kämen. Aber das war woanders nicht der Fall und wird auch hier nicht der Fall sein.

Tjaden: Aber mit den Illusionen von 4.000, 8.000 oder 12.000 kommt man noch über zwei bis drei Wahlperioden, denn das Planfeststellungsverfahren und der Bau dauern ja.

Gegenwind: Gibt es Konzepte, die etwas näher an der Realität sind als der Hafen?

Alternativen

Janssen: Konzepte nicht, aber Beispiele. Da gibt es einen Ort namens Gersthofen (in der Nähe von Augsburg, Anm. d. Red.), da hat ein findiger Bürgermeister viele verschiedene Werke angesiedelt. Der Ort hatte früher eine Monostruktur und hat jetzt mehrere unterschiedliche Standbeine - und der Ort wächst! Nur ein Beispiel: Der Gesundbrunnen - der boomt! Ärzte in Sachsen raten ihren Patienten zu einem Urlaub an der Nordseeküste, und die Leute kommen hierher und besuchen auch den Gesundbrunnen. Und das Interieur stammt aus den 50er Jahren und müsste dringend erneuert werden. Da ist eine Finanzspritze notwendig und würde sich auszahlen.

Korell: Wir haben hier unsere Möglichkeiten für den Tourismus lange noch nicht ausgeschöpft.

Dellwo: Aber bitte einen sanften Tourismus statt "Mallorca an die Küste", wie es neulich in der Zeitung stand!

Gegenwind: Was meint ihr mit „sanftem Tourismus“?

Tjaden: Man kann Ferienhäuser auf oder in die Umwelt bauen. Wir sind dafür, sie in die Umwelt zu bauen und nicht drauf, und das ist es doch auch, was die Urlauber wollen. Die wollen im Grünen sitzen und die Vögel zwitschern hören und nicht die Wand des nächsten Hauses anschauen.

Wir haben hier noch Ecken, die Touristen anziehen könnten. Die Schleuseninsel kann

★
SUSANNES OHRRING
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31880
★

NEU:
Massagespitzen aus Bergkristall
★

Pendel

★ **DRUSE CITRIN** ★
50 cm hoch

Durchgehend geöffnet ★
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00

aktiviert werden. Da gibt es ja die Idee der Deichtorbrücke, aber die kann kein Mensch bezahlen und die brauchen wir auch nicht. Wie wär's aber mit einem Fährverkehr von der Jadewerft aus?

Janssen: Wir wollen diese ganzen Ideen auf Bürgerversammlungen diskutieren.

Gegenwind: Wie soll das praktisch laufen? Wenn ihr ein paar Leute in den Rat schicken könnt, habt ihr ja eine Plattform. Wie läuft das dann ab?

Janssen: Ganz einfach: Die Bürgerversammlung wird einberufen, und fürs erste Mal wird eine Thematik vorgegeben, z.B. "Ideenbörse für die Entwicklung Wilhelmshavens".

Gegenwind: Worin unterscheidet sich diese Bürgerversammlung von den Stadtteilkonferenzen, wie sie in FGroden und im Stadtsüden schon existieren?

Janssen: Es geht in den Bürgerversammlungen um die Entwicklung von ganz Wilhelmshaven. Außerdem werden die Stadtteilkonferenzen von bestimmten Gruppen dominiert, und das soll bei der Bürgerversammlung nicht sein. Man muss auch dafür sorgen, dass die Politiker nicht alles an sich reißen.

Gegenwind: Will jemand von euch noch ein Schlusswort sprechen?

Korell: Ja... Mich bedrückt die Interesslosigkeit und Politikverdrossenheit, die viele Leute zeigen. Ich versuche immer wieder, Menschen für unsere Sache zu begeistern, aber vielfach winken sie nur ab und wollen von Politik nichts wissen.

Tjaden: Wenn jemand sich wirklich überhaupt nicht entscheiden kann und gar nicht weiß, wen er wählen soll, dann wünsche ich mir, dass er hingehet und bei irgendeinem Demokraten sein Kreuzchen macht. Denn wenn 100 Leute die Republikaner wählen und niemand die anderen Parteien, dann sind die Republikaner an der Macht - denn deren Wähler gehen zur Wahl!

Gegenwind: Wir danken euch für das Gespräch. □

wau

DIE BESTE ALTERNATIVE?

NICHT BESONDERS GRÜN ZEIGT SICH DAS KOMMUNALWAHLPROGRAMM DER WILHELMSHAVENER GRÜNEN

(noa) Hoffnungsträger werden kritischer begutachtet als die, von denen man ohnehin nichts erwartet hat. Die Grünen sind einst angetreten für Umweltschutz, Basisdemokratie, Frauenrechte, Rechte von Minderheiten, Frieden. Die Grünen in der Regierungsverantwortung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene machen dagegen REALPOLITIK, die oft nichts mehr mit diesen Werten zu tun hat.

Nach der Auseinandersetzung mit der Präambel des Kommunalwahlprogramms in der Juni-Ausgabe und mit dem Kapitel Ökologie in der Juli-Ausgabe betrachten wir hier drei weitere Kapitel.

Ernährung - Klasse statt Masse -

Als die Wilhelmshavener Grünen ihr Kommunalwahlprogramm schrieben, waren BSE und MKS Dauerbrenner jeder Nachrichtensendung und jeder Zeitungstitelzeile, eine grüne Landwirtschaftsministerin hatte Herrn Funke abgelöst, und so konstatierten unsere hiesigen Grünen eine *Wende in der Agrarpolitik*, aus der sie auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten für ein Konzept für vorsorgenden Verbraucherschutz ableiteten. Im Unterschied zu anderen Teilen ihres Programms enthält dieses Kapitel aber keine Forderungen, sondern nur Möglichkeiten. Es scheint, als glaubten sie selber nicht daran, etwas davon verwirklichen zu können; alles ist im Konjunktiv geschrieben: *Zukünftig geplante Massentierhaltung sollte auf Stadtgebiet keine Mehrheit finden. - In kommunalen und staatlichen Kantinen, Krankenhäusern, Schulen und Kindertagesstätten könnten zukünftig Lebensmittel verbraucht werden, die nach dem Motto „Klasse statt Masse“ erzeugt werden usw., könnte, hätte, würde* - erst beim Thema „Ernährungspolitik mit dem Einkaufskorb“ wechselt man wieder zum Indikativ: *Die Verbraucher bestimmen mit ihrem Einkaufsverhalten mit, welche Produkte Erfolg haben...*

Jugend - Schule - Kindergärten

Hier gibt es Forderungen in Hülle und Fülle, doch gleich die erste *Keine weiteren Kürzungen im Jugendbereich* mutet doch sehr bescheiden an. Sie ist überflüssig, denn die folgenden Forderungen *Einrichtung von weiteren Jugendzentren..., Einrichtung von stadtteilbezogener Jugendarbeit..., Einrichtung bzw. Erhaltung von Kinderspielplätzen, Bolzplätzen und Spielstraßen* gehen weiter und heben die erste auf. Diese Auswahl erscheint ziemlich beliebig, ist keineswegs typisch grün und außerdem unzureichend. Denken die Wilhelmshavener Grünen in einem anderen Kapitel ihres Wahlprogramms auch an Menschen mit Behinderungen, so fehlen diese im Jugendkapitel ganz. Wenn sie wollen, dass wir ihnen den Wunsch, Randgruppen zu integrieren, tatsächlich abnehmen, dann müssten sie auch die Einrichtung von Integrationskindergärten sowie Integrationsklassen in den Schulen, in denen Kinder mit und ohne Behinderung zusammen betreut und gefördert werden, fordern. Ebenso fehlen Gedanken zur Integration von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft. Letztere tauchen implizit

wenigstens im Abschnitt über die Schulen auf, die nach dem Wunsch unserer hiesigen BündnisGrünen *Ort eines toleranten Miteinanders und kultureller Vielfalt* sein sollen, werden aber auch hier nicht explizit genannt.

Diesen Lücken steht übertriebene Ausführlichkeit in anderen Punkten entgegen, z.B. wenn der *Zugang der SchülerInnen zu Computern wie auch der Zugang zu einem Musikinstrument* gefordert wird - das ganze Kapitel wirkt, als hätten sich die VerfasserInnen am Ende unter Zeitdruck vergebens um Vollständigkeit bemüht. Das ist angesichts der guten Ansätze schade, vor allem, weil diese Details wie auch *Kurze Schulwege für die Kurzen, Schaffung altersübergreifender Gruppen in Kindertagesstätten oder Mehr Zuschüsse für Hauptschulabschlusskurse* von jeder anderen Partei gefordert werden könnten. Grüner ist da schon die Forderung *Verantwortliche und Praxisnahe Umwelterziehung (u.a. finanzielle Unterstützung des Regionalen Umwelt Zentrums RUZ)*.

Soziales und Kultur

Zu den Themen *Soziale Stadt, Ältere Generation, Behinderte Menschen, Frauen und Kultur* sind im Programm zahlreiche Forderungen aufgelistet, die wohl jede und jeder unterstützen möchte und die keineswegs spezifisch grün sind. Im Abschnitt *Frauen* haben die Grünen ihre frühere Position aber eindeutig verraten (so dass auch hier jeder, gewiss aber nicht jede) zustimmen kann: *Keine Benachteiligung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Keine Benachteiligung bei der Besetzung von Leitungsfunktionen* - es gab Zeiten, da wussten die Grünen noch, dass nach Jahrhunderte dauernder Benachteiligung von Frauen ein Ausgleich nur erreicht werden kann durch Bevorzugung von Frauen z.B. bei der Besetzung von leitenden Positionen, bis die Frauen aufgeholt haben. Aber vielleicht haben die Wilhelmshavener Grünen diese Meinung ja ohnehin nie geteilt?

Abgesehen davon sind alle Forderungen zu den einzelnen Themen sinnvoll. Einige sind allerdings auf kommunaler Ebene nicht durchzusetzen, weil andere Stellen als die Kommunen zuständig sind und am Geldhahn sitzen. So ist es bei der Forderung nach *ausreichend Personal und psychosoziale(r) Betreuung in den Pflegeheimen, um die Wahrung der Würde hochbetagter und evtl. häufig altersverwirrter Menschen garantieren zu können*, wo die Pflegeversicherung die Grenze zieht, oder *Weiterbildungsmaßnahmen, um die Rückkehr (von Frauen, d. Red.) in die Arbeitswelt zu erleichtern*, worüber das Arbeitsamt entscheidet.

Dem Kommunalwahlprogramm der Grünen liegt mit Sicherheit mehr Nachdenken und Diskussion zu Grunde als z.B. dem der SPD. Besonders grün ist es aber nicht. □

Die Grünen und der JadeWeserPort

(hk) Richtig überrascht war wohl niemand, als die Wilhelmshavener Grünen sich die Realisierung des JadeWeserPorts auf ihre Fahne schrieben. Mit ihrem Kommunalwahlprogramm legten die Grünen jetzt auch eine umfassende Begründung vor, warum sie sich für ein solches Mammutprojekt einsetzen.

"Bisher war es grüne Tradition, mit allen Mitteln des Rechtsstaats gegen Großprojekte zu kämpfen, die in hohem Maße Naturvernichter waren. (...) Warum also in Wilhelmshaven den Jade-Weser-Port? Die Konsequenzen aus langjährigen ökologischen grünen Forderungen nach mehr Schiffsverkehr als mehr Autobahnen, mehr Schiffe als immer mehr Autos, mehr Verkehr auf die Schiene als immer neue Straßen, lassen keine andere Wahl, als sich dem Projekt Jade-Weser-Port positiv zu nähern."

Den Kampf der Grünen gegen die Großprojekte als "Tradition" zu benennen - das klingt, als wären die Grünen früher automatisch gegen Großprojekte eingetreten. "Da! Ein Großprojekt - da sind wir gegen!" Dabei ging es doch eigentlich immer darum, ökologisches Wirtschaften Realität werden zu lassen, der Doktrin des "Immer größer - immer mehr" eine sozial und ökologisch vertretbare Alternative entgegenzusetzen. Die Umweltbewegung ist kein Traditionsverein!

Die Wilhelmshavener Grünen versuchen zumindest, ihre Pro-Haltung ökologisch zu begründen: Mehr Schiffs- und Bahnverkehr - weniger Autoverkehr. Doch was das mit dem JadeWeserPort zu tun haben soll, wissen wohl nur die Grünen allein. Warum ist denn die Küstenautobahn wieder auf der Tagesordnung? Warum müssen die Zubringerstraßen ausgebaut werden? Wie sollen die hier angelandeten Container denn zum Bestimmungsort kommen? Oder meinen die Grünen etwa, dass bisher die Waren mit dem LKW über die Seidenstraße nach Deutschland kamen?

"Der Jade-Weser-Port muss für die Wilhelmshavener Jugend die Grundlage ihrer ökonomischen Zukunft bedeuten. Früher war es für die Jugendlichen notwendig, gute Bildungsabschlüsse zu haben, um flexibel

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,45 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,59 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

TRIANGEL second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

irgendwo in der Republik eine Ausbildung zu machen. (...) Mit dem Jade-Weser-Port wird es zukünftig möglich sein, mit einer guten Ausbildung hier vor Ort attraktive Arbeitsplätze zu finden."

Die Grünen schwimmen hier auf der Welle derjenigen, die mit Arbeitsplatzzahlen von mehreren Tausend durch den JWP hausieren gehen und Hunderte neuer Firmen in der Region aufblühen sehen. Diese Argumentationsschiene ist aus Sicht der Hafengebäuer verständlich - sie wollen ja einen neuen Hafen, um billiger ihren Umschlag tätigen zu können. Die Hafengebäuer und Reedereien werden mit Sicherheit nicht plötzlich ihre angestammten Sitze verlassen und nach Wilhelmshaven ziehen, genauso wenig, wie hier plötzlich alle Firmen ihre Container auspacken und ihre Lieferungen verarbeiten werden. Die Umstellung des Warenverkehrs vom Stückgut auf Container bot ja den Unternehmen erst die Möglichkeit, auch weit weg von den Häfen zu produzieren. Was da im Endeffekt für die Wilhelmshavener Jugend abfallen wird, ist fraglich - viel mehr als eine Handvoll ausgebildeter Techniker werden den Hafen mit Sicherheit nicht bevölkern.

Die Grünen dagegen sind der Meinung, dass sich durch den JadeWeserPort neue Behörden, Betriebe mit neuen und zukunftssträchtigen innovativen Technologien und weitere Forschungseinrichtungen ansiedeln werden. In welchem Zusammenhang stehen solche Vorstellungen mit dem Bau eines Containerhafens, der als reiner Umschlagplatz konzipiert ist?

Im weiteren Text folgen die Grünen den Rattenfängern, die früher mit Slogans wie "Die Lichter werden ausgehen" die Bundesrepublik mit einem dichten Netz von Atomkraftwerken zupflasterten und die sich heute überschlagen, wenn es um die Größenentwicklung in der Schifffahrt und um Zuwächse im Containerverkehr geht.

Doch die Grünen wären nicht grün, wenn sie nicht auch den Finger in die Wunden legen würden:

"Grüne Aufgabe wird es sein

- **die Planung und Verwirklichung des Hafens sehr kritisch zu begleiten**
- **mit den Verbänden NABU und BUND eng zusammenzuarbeiten**
- **dafür zu sorgen, dass soviel an Natur und Landschaft wie irgend machbar erhalten bleibt**
- **dafür zu sorgen, dass Lärm und andere Beeinträchtigungen so niedrig wie möglich bleiben**
- **die exakte Durchführung der entsprechenden Prüfverfahren im Genehmigungsverfahren notfalls einzuklagen"**

Man kann sich vorstellen, wie den Vertretern der Hafengewirtschaft die Knie gezittert haben, als sie diese Passage im Kommunalwahlprogramm gelesen haben! □

Nachrichten

TASCHENSPIELER

Wer erinnert sich noch an die Aussage, dass der JadeWeserPort ausschließlich privat finanziert werde? Diese Aussage, Grundlage für den Ratsbeschluss zum Bau des Hafens, veränderte sich im Laufe der Planungsrealisierung zusehends. Schon sehr bald war man bei nur noch 50% Privatfinanzierung angelangt. Detlef Weide, Geschäftsführer der WHV, läutete bei den CDU-Senioren die nächste Runde ein: "Die Finanzierung des Gesamtobjektes stelle noch eine besondere Herausforderung für die Finanzminister des Bundes und des Landes Niedersachsen dar, weil eine 50-prozentige Beteiligung der privaten Wirtschaft an den gesamten Kosten durch die Politik gefordert worden ist. Die Rechtslage - so Weide - sei hier eindeutig und sehe im Schwerpunkt den Bund und das Land in der Pflicht." (WZ, 24.08.2001)

Im Klartext heißt das: Mit vollmundigen Erklärungen treiben einige Wirtschaftsvertreter die gewählten Vertreter zu Beschlüssen mit ungeahnten Ausmaßen. Sind alle Beschlüsse unter Dach und Fach, kann man so langsam versuchen, an die öffentlichen Töpfe zu gelangen und die Milliarden in der eigenen Tasche behalten. Der Gegenwind hat von Anfang an die private Finanzierung als Lügengebilde bezeichnet - Detlef Weide bewies nun, dass die Wirtschaft hier mit Taschenspielertricks arbeitet. (hk)

HENNA MOND

heißt das Buch, das die kurdische Autorin Fatma B. im Rahmen in der interkulturellen Woche am 24.09.01 um 19 Uhr im Mütterzentrum in der Wertstraße 45 vorstellt. Ein autobiographisches Werk, in dem die kurdische Autorin zunächst in eindringlichen Bildern ihre Kindheit in einem kleinen Dorf in Ostanatolien schildert. Eine Kindheit, die geprägt ist von Armut und den Auswirkungen politischer Unterdrückung. Fatma B.'s Buch handelt von den mittelalterlich anmutenden Verhältnissen einer proletarischen Großfamilie, die geprägt sind von einer streng patriarchalischen Grundordnung und einer fundamental-islamischen Ausrichtung. Das Kind Fatma B. erlebt Hunger, sexuellen Missbrauch sowie brutale Gewalt gegen Abweichungen von traditionellen und religiösen Normen, aber auch bedingungslose verwandtschaftliche Solidarität, dörfliche Hilfsbereitschaft und ein Leben im Einklang mit der Natur. Die jugendliche Fatma zieht mit ihren Eltern nach Deutschland. "Eine Zeitreise vom Mittelalter in die Zukunft" verändert ihr Leben schlagartig.

HENNA MOND erzählt vom Leben zwischen zwei Welten, von der Schwierigkeit, Brücken zu schlagen zwischen zwei grundverschiedenen Kulturen und von dem radikalen Bruch einer jungen Kurdin mit ihren alten Welt.

Die Ausländerberatung der Stadt Wilhelmshaven, das Flüchtlingswohnheim des Diakonischen Werkes und das Mütterzentrum des SOS Kinderdorf e.V. veranstalten erstmalig in diesem Jahr gemeinsam eine interkulturelle Woche, in der unter anderem diese Autorenlesung stattfindet. Am Samstag, den 29. 9. in der Zeit von 11.00 - 17.00 findet auf dem Ban-

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

KULTUR · KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

KLING KLING-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM

International Küche & Cocktails

Civdes
Movie Bar

Frühstücksbuffet
Sonntags und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

ter Markt ein multikulturelles Fest statt. Neben einem Flohmarkt (Standgeld 10 DM, Anmeldung im Mütterzentrum, Tel. 506 106) gibt es eine amerikanische Versteigerung und eine Talkrunde zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die ausländischen Vereine beteiligen sich mit kulturellen Darbietungen und kulinarischen Spezialitäten. Während der interkulturellen Woche stellt die Buchhandlung Prien Fachliteratur, Biographien sowie Berichte aus anderen Kulturen und Ländern im Mütterzentrum aus. (ub)

Unendlich viele GEGENWIND-LeserInnen vermissen Thedas Briefe an ihren liebsten Kuddl schmerzlich. Die GEGENWIND-Redaktion auch. Aber die beiden sind einfach von ihrer Hochzeitsreise nach Jamaica nicht zurückgekehrt. Verständlich ist das ja. Trotzdem - die Sehnsucht ist groß. Auch Theda ihre Schwester Wilma vermisst ihre Schwester Theda. Sie hat angefangen, ihr zu schreiben und sie über die Geschehnisse in Wilhelmshaven zu informieren. Vielleicht bekommt Theda dann ja doch Lust, wieder in die Heimat zu kommen. Uns liegt Wilmas letzter Brief an Theda vor:

Meine liebe Theda!

Du ahnst ja nicht, was du im Augenblick verpasst zu Hause. Hier ist jetzt nämlich Wahlkampf, weil wir in ein paar Wochen den Rat der Stadt wählen dürfen und - das hast du, glaube ich, nicht mehr mitgekriegt - auch unseren künftigen Oberbürgermeister, der gleichzeitig Oberstadtdirektor sein wird, dürfen wir selber wählen. Das ist etwas ganz Besonderes, hat es seit der Weimarer Republik nicht mehr gegeben, wo das Volk ja auch den Reichspräsidenten selber wählen durfte und nicht nur einen nehmen musste, der bei den Parlamentswahlen abfiel. Eigentlich haben wir ja gedacht, dass wir den OBST erst nächstes Jahr wählen dürfen, weil der Schreiber (den kennst du doch noch, oder?) einfach nicht rechtzeitig aufhören will und stur bis zum letzten Tag seiner Amtszeit Oberstadtdirektor bleiben will, aber dann hat die SPD ja so einen ganz

schlauen Coup gelandet und sich im Landtag ein Gesetz machen lassen, dass es nicht so schlimm ist, wenn der neue Chef erst fünfzehn Monate nach der Wahl in sein Amt kann, und jetzt machen wir das doch in einem Aufwaschen. Ein bisschen schade finde ich das ja schon, denn wenn wir nächstes Jahr noch einmal Wahlkampf hätten, das wäre doch eine gute Sache. Ich lerne nämlich ganz viel durch den Wahlkampf und komme auf lauter gute Ideen. Du weißt ja, ich bin neulich 49 geworden und sehe nicht mehr aus wie 20, und wenn ich in den Spiegel schaue, denke ich oft, da sollte ich mal was machen, und jetzt weiß ich endlich, was, und wem habe ich es zu verdanken? Den Grünen! Von denen gibt es nämlich so ein Plakat, da hat jemand eine Gurkenmaske im Gesicht, und da ist mir wieder eingefallen, dass Gurken die Haut straffen und auch gegen Pickel gut sind, und wenn der ganze Rummel mit der Wahl vorbei ist, werde ich auch erst mal eine

Gurkenmaske machen. Die Republikaner haben ja erst als letzte plakatiert, aber auch von denen habe ich eine gute Idee gekriegt, denn auf deren Plakaten steht, dass hier aufgeräumt werden muss, und das denke ich auch immer, wenn ich auf meinen Schreibtisch gucke, und dann habe ich mir das zu Herzen genommen und endlich aufgeräumt und habe deine Adresse wieder gefunden, und das ist doch schön, oder, denn jetzt schreibe ich dir endlich. Und wenn ich die Plakate von den Republikanern sehe, fällt mir noch etwas ein, was ich bei denen selber immer mal denke, du weißt das ja sicher noch von früheren Wahlen, die hängen ihre Plakate immer ganz oben an die ganz hohen Masten, und dann denke ich immer: "Hängt sie höher!"

Die ersten, die überhaupt Wahlkampf gemacht haben, waren die von der SPD, und da hätte ich doch beinahe einen Unfall verschuldet, als ich in die Bismarckstraße einbiegen musste und was von Grünkohl und Pinkel las (Ende Juli!!!!!!) und versucht habe, das Plakat zu verstehen. Ich hab's immer noch nicht verstanden, es hat mich aber an diese Intelligenz-

tests erinnert, die wir damals in der Oberstufe machen mussten, weißt du sicher noch, so Verhältnisgleichungen mit Wörtern wie warm verhält sich zu kalt wie Sommer zu ??? Naja, ist ja auch egal, die späteren Plakate von der SPD sind viel besser zu verstehen, z.B. dass die SPD die Kraft in Wilhelmshaven ist. Nur eines irritiert mich: Es sieht so aus, als ob Eberhard Menzel nicht mehr in der SPD ist. Er hat eine neue Partei gegründet, und willst du wissen, wie die heißt? So eine originelle Idee: "Wilhelmshaven"! Übrigens hat mich das Plakat von dem Menzel, wo er

seine neue Partei vorstellt, gleich an zwei Sachen erinnert, nämlich daran, dass ich mal wieder Lust habe, die Platte von dem Klaus Kinski zu hören, kennst du sicher auch noch, sie heißt "Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund", und auf dem Plakat guckt der Menzel genauso wie der Kinski auf der Plattenhülle, nur um den Mund rum sieht er mehr aus wie unser Opa, wenn er seine Zähne nicht drin hat, und deshalb ist mir auch eingefallen, dass ich mal wieder zum Zahnarzt gehen könnte.

Dann gibt's da noch ein Plakat, da habe ich zuerst gedacht, das ist eine neue Partei, da heißt es nämlich "H.V.W. für WHV", und ich dachte darüber nach, was H.V.W. wohl heißt, aber dann musste ich an einer Ampel mal halten und konnte genauer hingucken und habe gesehen, dass H.V.W. die Abkürzung für Hans van Weelden ist, kennst du den noch, das ist der von der Raffinerie, der City-Diesel trinkt, und der kandidiert als OBST-Kandidat für die CDU, die damals, als

die SPD den Coup gelandet hatte, von dem ich dir oben erzählt habe, keine Zeit mehr hatte, einen Kandidaten zu suchen und deswegen in der Eile ihn genommen hat. Und die Idee mit H.V.W. für WHV finde ich wahnsinnig kreativ und deswegen habe ich gleich so weitergemacht und mir überlegt, dass der von der F.D.P. es ja bestimmt nicht schafft, Stadtoberhaupt zu werden, wenn er auch mit Windstärke 6 in den Wahlkampf gegangen ist, und deswegen sage ich "M.v.T. für MTV". Mehr in der Art ist mir leider nicht eingefallen, weil ich dann auf andere Gedanken gekommen bin, mir ist nämlich aufgefallen, dass der Focke Hofmann nicht zur Wahl antritt, und ich habe gehört, dass er für die Jüngeren Platz machen will, und da wollte ich dich was fragen, du kennst ihn doch persönlich, ich wollte dich nämlich fragen, wie alt der eigentlich ist, denn die SPD-Mannschaft, die antritt, ist im Durchschnitt über 60, und so alt sieht Focke doch gar nicht aus.

Zwischen den ganzen Wahlplakaten habe ich dann noch eines entdeckt, da dachte ich zuerst, das ist eine Reklame für einen Räucherbetrieb, weil da ein Aal drauf ist, ist aber von der WALLI, das ist so eine neue Partei, und da ist mir unsere Kusine Walli eingefallen, die ja so gerne Aal isst, und da habe ich mir gedacht, dass ich ihr auch noch schreiben und ihr deine Adresse geben will, und deswegen höre ich jetzt auch auf. Schreib doch mal zurück und erzähl, ob in Jamaica auch so interessante Sachen passieren, und grüß auch deinen Kuddl und sei selber begrüßt von deiner Schwester

Wilma



Apollo 7

ist die Kurzformel für ein einschneidendes Ereignis in der Wilhelmshavener Kulturlandschaft: Das Apollo Programmkino zieht um in den Saal 7 des "Kinopolis" - und Apollo-"Vater" Michael Kundy wird Gesellschafter und Betriebsleiter des Multiplex-Kinos! Filmkunst fusioniert mit Mainstream - von diesem Schock wird sich die Apollo-Fangemeinde schnell erholen: Es ist die einzige Möglichkeit, "ihr" Apollo dauerhaft in der Jadestadt zu erhalten. Dazu mit einer Infrastruktur, die die alten, wenngleich kultigen Räumlichkeiten nicht hergaben: viel Platz auch im Foyer, angeschlossene Gastronomie, optimale Projektions-, Ton-, Klima-, Sitz- und Sichtqualität ... Am 14. September ab 20 Uhr findet im Kinopolis die große Apollo-(Wieder)Eröffnungsparty mit Film Premiere und den Tip-Tops statt. In der nächsten Ausgabe berichten wir ausführlich über die Hintergründe der bundesweit einmaligen "Kultur-Koalition." (iz)

winkler TV

TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Str. 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 📺 rund ums Haus

Leserbrief

Leserbrief zu „Geht nicht? - Gibt's nicht!“ im Gegenwind Nr. 171

Fass ohne Boden

'Hans' van Weelden (H.V.W.) verneint die zunehmende Versandung der WRG-Umschlaganlagen bei Bau des geplanten Jade-WeserPorts: *Durch den JadeWeserPort (JWP) werden sich die Strömungsverhältnisse verbessern und die Baggerkosten werden reduziert. (...) In einer von uns 1992 in Auftrag gegebenen Studie wurde der JWP als Lösung der Strömungsprobleme und damit der Senkung der Baggerkosten dargestellt.*

In der JWP-Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 1999 steht jedoch was ganz anderes: *Am Küstenanleger der Tankerlöschbrücke WRG vermindern sich die Strömungsgeschwindigkeiten, wodurch es zu in einer Tendenz vermehrten Sedimentation kommen kann.*

Nun muss das, was H.V.W. der Presse sagt, nicht unbedingt mit dem übereinstimmen, was er bzw. sein Nachfolger zur Wahrung der Raffinerieinteressen erforderlichenfalls tun muss: Der wird - wie andere Eigentümer von Umschlagbrücken, Kühlwasseranlagen und Vorhäfen an der Jade auch - sicherstellen müssen, dass die ihm durch den Bau des JWP verursachten Kosten ersetzt werden. Damit gerät eine weitere bei Bau des JWP zu erwartende finanzielle Folgelast ins Blickfeld.

Wie unerwartet sich Wasserbaumaßnahmen langfristig auswirken können, gesteht H.V.W. selbst ein: *Da man die Fahrinne verlegt hatte, um den Knick herauszunehmen, haben wir inzwischen die doppelten Baggerkosten, weil die Versandung an der Westseite der Jade zugenommen hat. Ich gebe jetzt 5 Mio. Mark pro Jahr an Baggerkosten aus - das ist das Doppelte von dem, was wir früher ausgehen mussten.*

Doch diese Maßnahme, mit der ein gefährlicher Fahrwasserknick im Bereich der zuvor errichteten landeseigenen "ICI-Brücke" beseitigt wurde, wurde bereits im Jahre 1987 abgeschlossen - also 5 Jahre vor Erstellung des eingangs von H.V.W. angeführten Gutachtens. Verständlich, dass H.V.W., statt einer Entschädigung für zusätzliche Baggerungen in Folge eines JWP zunächst versucht, die Baggerkosten ganz weg zu bekommen.

Und die Idee, *durch eine Kombination ICI-Anleger, NWO- und Niedersachsenbrücke weiter Öl anlanden und Ölprodukte per Schiff ausführen* zu können, ist auf den ersten Blick durchaus begrüßenswert. Nur zwei Punkte wären allerdings noch zu klären: Was kostet der Spaß und wer bezahlt das? Die Anbindung der Raffinerie an die an den Umschlaganlagen vertäuten Tanker dürfte nämlich nicht gerade billig sein. Schließlich müssten mehrere kilometerlange Pipelines sowie Pumpstationen und Umschlageinrichtungen gebaut werden.

Was macht man üblicherweise in solchen Fällen, um die Eigentümer von den dafür erforderlichen Investitionen zu entlasten? Mittels klandestiner Lobbyarbeit in Kombination mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit einen Weg zu den Steuertöpfen bahnen. So auch H.V.W., wie sich aus seiner Argumentation schließen lässt.

So merkt er an, dass *unser Anleger* durch die Erweiterungsplanungen des JWP ganz weg müsste, ohne hinzuzufügen, dass er dafür gegebenenfalls einen Ersatz verlangen kann. Dass er da jetzt schon mit kommt, wo doch - wenn überhaupt - erst in frühestens 12 Jahren damit zu rechnen wäre, ist nur damit zu erklären, dass er diesen eventuellen Verlust schon jetzt erstattet haben will, indem er mit den Investitionskosten für die Anbindung der Raffinerie an die drei benachbarten Umschlaganlagen verrechnet wird.

Wenn die Entwicklung des JWP so erfolgreich verlaufen sollte, wie sich die Wilhelmshavener Hafenwirtschaft das vorstellt, dann müssten die Niedersachsenbrücke und die ICI-Brücke eines Tages auch weg.

Die Nutzungsdauer dieser Anlagen ist für die WRG also höchst ungewiss. Daher scheint im Falle eines Ausbaus des JWP nach Norden die Integration eines Ölterminals in die Stromkaje unvermeidlich. Die Idee von H.V.W. wäre somit eine Zwischenlösung. Für den Steuerzahler würde dies bedeuten, dass er zwei Verlegungen der Umschlaganlagen innerhalb weniger Jahre (mit)finanzieren müsste.

Als Lockspeise serviert er einen 500 Mio. Mark teuren Cracker, durch dessen Betrieb zusätzliche Umschlagkapazität gebraucht werde. Zunächst ist dazu anzumerken, dass H.V.W. vor zehn Jahren das erste Mal einen Cracker avisiert hat und bis jetzt von einem Genehmigungsantrag nichts bekannt ist. Dagegen hatte der Vorgänger - die Mobil Oil - im Jahre 1984 schon einen positiven Vorbescheid für einen Cracker bekommen (anschließend hat sie dicht gemacht). Darin heißt es u.a.: *Darüber hinaus wird sich die Produktpalette zu leichteren Produkten verschieben, eine Zunahme der umzuschlagenden Gesamtmenge von Produktion wird dadurch nicht bewirkt. Es kommt allenfalls der vermehrte Einsatz von Tankschiffen mit geringerem Fassungsvermögen in Frage, so dass sich allenfalls die Zahl der Tankbewegungen geringfügig erhöhen würde.*

Folglich besteht zwischen dem Betrieb eines Crackers und dem Zusatzbedarf an Umschlagkapazitäten kein nachvollziehbarer Zusammenhang.

Man sieht an diesem Beispiel, dass der JWP für den Steuerzahler ein finanzielles Fass ohne Boden zu werden verspricht.

Jochen Martin
Schulstr. 115
26384 Wilhelmshaven

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Termine:

13.09.01 - 19.30 Uhr
„Wege aus der Schuldenfalle“
Referentin: Ines Mierau,
Schuldenberatung
Eine Veranstaltung von
W.O.M.A.N.

24.09. - 29.09.01
Interkulturelle Woche:
Veranstalter:
Ausländerberatung der
Stadt Wilhelmshaven
Flüchtlingswohnheim des
Diakonischen Werkes
Mütterzentrum des
SOS Kinderdorf e.V.

24.09.01 - 19 Uhr
Autorenlesung "HENNA MOND"
Ein Leben zwischen zwei
Kulturen. Die kurdische
Autorin FATMA B.
liest aus ihrem
autobiographischen Werk

29.09.01 11.00 - 17.00 Uhr
Multikulturelles Fest
auf dem Banter Markt:
Flohmarkt, kulturelle
Darbietungen der
ausländischen Vereine,
amerikanische Versteigerung
und eine Talkrunde zum
Thema Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit

Café MüZe + Secondhandladen
Mo. - Fr. 9.30 - 17.00 Uhr
Sonntag 9.30 - 12.30 Uhr

Treffpunkt Bauchladen
Beratung und Hilfestellung
bei Schwangerschaft und Geburt
Dienstag 10 - 12 Uhr

Kreatives Gestalten
z.Zt. Erlernen der Serviettentechnik
Dienstag 20.00 - 22.00 Uhr



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

zeig dich!

freitag
ab 18.30h

jugendtheater
rollentausch und
kurlandtheater
anschließend party

samstag
ab 11h

workshops, filme, infostände zu
abschiebung, naziorganisationen,
zwangsarbeit, schule ohne
rassismus, ...

essen, trinken, sport, spaß...

abends ab 20h:
konzert mit
schwarz auf weiß
bitume
new season
uncle meat
non disjunction

umsonst & draußen

31.08.01

01.09.01

**wilhelmshaven
pumpwerk**

**für
demokratie
courage
zeigen!**



verantwortlich:
dgb-jugend ol/mhv, kaiserstr. 4-6, 26122 oldenburg